Horst Schreiber

Nationalsozialismus und Faschismus in Tirol und Südtirol

Opfer . Täter . Gegner

Tiroler Studien
zu Geschichte und Politik

herausgegeben von Horst Schreiber und Alexandra Weiss
Michael-Gaismair-Gesellschaft
www.gaismair-gesellschaft.at

Band 8

Gaismair

Horst Schreiber

Nationalsozialismus und Faschismus in Tirol und Südtirol

Opfer . Täter . Gegner

Mit einem Beitrag von
Gerald Steinacher und Philipp Trafojer

StudienVerlag
Innsbruck
Wien
Bozen

© 2008 by Studienverlag Ges.m.b.H., Erlerstraße 10, A-6020 Innsbruck
E-Mail: order@studienverlag.at
Internet: www.studienverlag.at

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung in Wien, der Kulturabteilung des Landes Tirol, der Südtiroler Landesregierung/Abteilung Deutsche Kultur und Familie, der Autonomen Region Trentino/Südtirol, der Stadt Innsbruck, des Renner-Instituts, ICHEIC Humanitarian Fund und der International School for Holocaust Studies/Yad Vashem.

Umschlag, Layout, Satz: Willi Winkler, neusehland.at
Umschlagbild: Propagandapostkarte aus dem Jahr 1938 (Stadtarchiv Innsbruck)

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7065-4423-8

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt

Editorial

Horst Schreiber: Anstoß zum „aufrechten Gang“ 13
Peter Niedermair: Vorwort 15

Tirol

Tirol 1918–1938 23
Welche Auswirkungen hat der Erste Weltkrieg? 23
Wie schaut die politische Situation nach 1918 aus? 27
Wie wirkt sich die Weltwirtschaftskrise auf Tirol aus? 32
Wie erfolgt der Aufstieg der NSDAP in Tirol? 34
Wie sieht das Ende der Republik Österreich aus? 37
Was ist der „Ständestaat“? 40
Ernst Klotz: Ein Tiroler Auswanderer 48
Maria Öhninger: Eine rebellische sozialdemokratische Fabrikarbeiterin 51
Rudolf Penz: Anführer einer Verbrecherbande der Heimatwehr 53
Franz Achammer: Ein „illegaler Nationalsozialist“ 55

Die NS-Machtübernahme: Begeisterung und Verfolgung 57
Wie kommt die NSDAP an die Macht? 57
Was wird aus Österreich? 65
Wie reagieren die TirolerInnen auf den „Anschluss“? 68
Was geschieht mit den GegnerInnen des Nationalsozialismus? 74
Anton Mörl: Ein pflichtbewusster Beamter 78
Heinz Mayer: Lebenslanges Engagement gegen den Nationalsozialismus 80
Josef Prantl: Ein politischer Wendehals 82
Robert Schüller: Nationalsozialist und Jude 84
Franz Hofer: Gauleiter und Reichsstatthalter von Tirol-Vorarlberg 86

Aufbruchsstimmung und neue Zwänge 89
Wie wird die Arbeitslosigkeit beseitigt? 90
Welche Glückserwartungen spricht der Nationalsozialismus an? 92
Welche Rolle sollen Frauen einnehmen? 94
Welche Zwänge gibt es in der Arbeitswelt? 97
Wie geht es der Bauernschaft und den LandarbeiterInnen? 101

Jugend und Schule 105
Worin bestehen die Ziele der NS-„Erziehung“? 105
Welche Bedeutung hat der Religionsunterricht? 106
Wie macht sich die Rassenlehre in der Schule bemerkbar? 109
Wie ergeht es den jüdischen SchülerInnen? 112
Wie werden HJ und BDM erlebt? 114
Ilse Brüll: Endstation Auschwitz 122
Josef Schärmer: Ein Lausbub in der HJ 124
Helga Höpperger: Begeisterung und Enttäuschung im BDM 126
Anna Fessler: Führerin im BDM 128
Alfred Hirsch: Ein Jugendlicher im Widerstand 130
Rudolf Lechleitner: Luftwaffenhelfer und Kriegsgefangener 132

Die Heimatfront 135
Wie verläuft der Krieg? 136
Ziehen alle wehrpflichtigen Tiroler in den Krieg? 138
Wie wird unerwünschtes Verhalten während des Krieges unterbunden? 143
Wie werden die TirolerInnen vom Krieg abgelenkt? 146
Wie entwickelt sich die Kriegswirtschaft in Tirol? 152
Welche Bedeutung haben Frauen im Arbeitseinsatz? 153
Müssen die TirolerInnen hungern? 157
Wie wirkt sich der Bombenkrieg auf Tirol aus? 160
David Holzer: Ein Deserteur aus Osttirol 168
Othmar Bleyer: Soldatentod fern der Heimat 170
Helene Delacher: Eine glaubensstarke Zeugin Jehovas 172
Erwin Widschwenter: Verfolgungsgrund Homosexualität 174
Familie Zangerl aus Wörgl: Opfer des Bombenkrieges 176

Zwangsarbeit 179
Wer sind die ZwangsarbeiterInnen? 179
Wer profitiert von der Zwangsarbeit? 181
Wie werden die ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen behandelt? 182

Haben sich die ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen gewehrt? 187
Marija Kukurusa-Schweißgut: Zwangsarbeiterin aus der Ukraine 189
Eugenia Kaser: Verschleppt und ausgebeutet 192

Das Arbeitserziehungslager Innsbruck-Reichenau 195
Warum wird das Lager Reichenau errichtet? 196
Wie ist das Lager Reichenau organisiert? 198
Welche Funktionen hat das Lager zu erfüllen? 198
Unter welchen Bedingungen arbeiten die Häftlinge? 200
Wie sehen die „Erziehungsmaßnahmen“ und Lagerstrafen aus? 202
Werden Häftlinge im Arbeitserziehungslager Reichenau getötet? 203
Dragomir Salmic: Häftling des Arbeitserziehungslagers Reichenau 205
Werner Hilliges: Leiter der Gestapo Innsbruck 207

NS-Euthanasie: Tötung von psychisch Kranken und Behinderten 209
Warum werden psychisch Kranke und Behinderte getötet? 209
Welche Folgen hat das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“? 211
Was ist unter der NS-Euthanasie zu verstehen? 214
Wie wird der Massenmord durchgeführt? 215
Wie kommt es zur „Wilden Euthanasie“? 217
Wie sieht die Durchführung der NS-Euthanasie in Tirol aus? 218
Gibt es Widerstand gegen den Massenmord? 220
Wie sieht die Einstellung gegenüber den NS-Euthanasieopfern nach 1945 aus? 221
Hans Czermak: Verantwortlicher der NS-Euthanasie im Gau Tirol-Vorarlberg 223
Anna Bertha Königsegg: Widerstand gegen die Tötung kranker Menschen 225
Aloisia Margreiter: Ermordet in Schloss Hartheim 228

Die Verfolgung der Roma, Sinti und Jenischen 231
Wer sind die Roma und Sinti? 231
Wie ergeht es Roma und Sinti vor der NS-Zeit? 232
Wer sind die Jenischen? 234

Mit welcher Begründung werden Roma, Sinti und Jenische in der NS-Zeit verfolgt? 236
Wie erfolgt die Deportation der Roma und Sinti? 237
Wie sieht die Situation für Roma, Sinti und Jenische nach 1945 aus? 242
Und heute? 243
Sidonie Adlersburg: Tötungsgrund „Zigeunerkind“ 245
Maria Berger: Als „Asoziale“ im KZ 247

Der Völkermord an den Jüdinnen und Juden 249
Woher kommt die Judenfeindschaft? 249
Wie ändert sich das Leben der jüdischen Bevölkerung nach 1938? 254
Welche Bedeutung haben die „Nürnberger Rassengesetze“? 256
Was sind „Arisierungen“? 256
Was geschieht beim Novemberpogrom 1938? 259
Wohin wird die jüdische Bevölkerung Tirols bis 1940 vertrieben? 262
Wie kommt es zum Massenmord an Jüdinnen und Juden? 264
Wie sieht das Schicksal der jüdischen Bevölkerung Tirols aus? 269
Was wussten die TirolerInnen? 274
Gibt es heute ein jüdisches Leben in Tirol? 275
Irmfried Eberl: Akademisch ausgebildeter Massenmörder 278
Martin Mundschütz: Im Erschießungskommando der SS-Einsatzgruppe D 280
Dora Pasch-Neale: Mit einem Kindertransport in die Freiheit 282
Irma Krug-Löwy: Überleben in einer „privilegierten Mischehe“ 284
Die Turteltaubs: Das Schicksal einer jüdischen Großfamilie 286
Helena Horowitz: Rettung einer polnischen Jüdin in Jerzens 289

Widerstand und Befreiung 291
Weshalb ist Widerstand in Tirol so schwierig? 291
Was ist Widerstand? 292
Leistet die katholische Kirche Widerstand? 294
Welche Widerstandsgruppen gibt es in Tirol? 297
Wie wird Innsbruck befreit? 303

Welche Bedeutung hat der Widerstand in Tirol? 308
Jakob Gapp: Ein Priester im Widerstand 311
Carmella Flöck: Widerstand einer Katholikin 313
Franz Mair: Ein „Traumlehrer“ mit Zivilcourage 315
Adele Obermayr: Eine Sozialdemokratin aus Überzeugung 317
Hubert Mayr: Spanienkämpfer und britischer Geheimagent 319
Adele Stürzl: Eine Kommunistin im Kampf für Gerechtigkeit 321

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart 323
Wie geht es mit Tirol nach 1945 weiter? 323
Worin bestehen die größten Probleme in der Nachkriegszeit? 328
Wie sieht das Verhältnis zwischen Männern und Frauen aus? 331
Wer sind die DPs (Displaced Persons)? 335
Was beinhalten Staatsvertrag und Neutralität? 339
Wie entwickelt sich Tirol wirtschaftlich? 341
Wie verläuft die Entnazifizierung? 342
Was ist der Opfermythos? 345
Welche Auswirkungen hat der Opfermythos? 346
Was ist die Mitverantwortungsthese? 349

Südtirol

Die Abtrennung Südtirols von Österreich 355
Wie kommt Südtirol zu Italien? 355
Wie behandeln die demokratischen Regierungen Italiens Südtirol? 357

Südtirol im Faschismus 359
Was haben die faschistischen Machthaber mit Südtirol vor? 359
Mit welchen Maßnahmen soll die Südtiroler Kultur zerstört werden? 361
Von wem erwarten sich die SüdtirolerInnen Hilfe? 366
Wie ist das Verhältnis Hitlers zu Mussolini und Südtirol? 368
„Gehen oder bleiben“? Ist Aussiedelung die Lösung des Problems? 369
Wie stehen die SüdtirolerInnen zum Zweiten Weltkrieg? 373
Woran scheitert die „Umsiedlung“? 374

Giuseppe Mastromattei: Mussolinis Mann in Bozen 376
Angela Nikoletti: Eine Lehrerin als Opfer des Faschismus 378
Luis Trenker: Autor, Filmemacher und NSDAP-Mitglied 380

Südtirol während der NS-Herrschaft 383
Warum marschiert die Deutsche Wehrmacht in Italien ein? 383
Welche Folgen hat die NS-Herrschaft in Südtirol? 385
Was geschieht mit den Südtiroler Jüdinnen und Juden? 387
Welche Opfer fordert die NS-Herrschaft in Südtirol? 388
Wer leistet in Südtirol Widerstand gegen den Nationalsozialismus? 390
Karl Nicolussi-Leck: Ein Südtiroler Nationalsozialist 394
Manlio Longon: Widerstandskämpfer gegen die NS-Besatzung 396
Hans Egarter: Der vergessene Widerstandskämpfer 398

Der Kampf um die Autonomie 401
Welche Probleme bewegen die SüdtirolerInnen nach dem Krieg? 401
Wie erhält Südtirol eine eigene, reich ausgestattete Autonomie? 406
Silvius Magnago: „Optant“ und Landeshauptmann 410

Anhang
Glossar 415
Ausgewählte Literatur 441
Bildnachweise 445

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart

Wie geht es mit Tirol nach 1945 weiter?

Provisorische Regierung und Besatzung

Zu Kriegsende bildet sich ein Ausschuss aus Vertretern aller politischen Richtungen der Widerstandsbewegung. Dieser Ausschuss stellt eine provisorische Landesregierung dar, die offiziell mit 6. Juni 1945 ihre Arbeit unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung aufnimmt. Bereits am 23. Mai wird Karl Gruber zum Landeshauptmann ernannt. Am 10. Juli tritt eine provisorische Landesversammlung zusammen. Sie symbolisiert die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie und zur Zusammenarbeit der politischen Parteien. Es gelingt rasch, ein handlungsfähiges Regierungs- und Verwaltungssystem aufzubauen.

Die amerikanischen Truppen ziehen nach wenigen Wochen ab. Der Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber begrüßt die neue französische Militärregierung.

Eingang des Alten Landhauses in der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße mit dem Schild „Gouvernement Militaire Militärregierung“ 1945: links die britische, rechts die französische und russische Fahne.

Ein marokkanischer Soldat vor dem Neuen Landhaus in Innsbruck. In der französischen Armee dienen viele Marokkaner, die einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung Österreichs leisten. Auf die Tiroler Bevölkerung üben sie die Faszination des Fremden aus. Gleichzeitig stoßen sie aber auch auf große Ablehnung. Der nationalsozialistische Rassismus macht sich in der Tiroler Gesellschaft auch nach 1945 bemerkbar.

Die britische Fahne am zerstörten Rathaus von Lienz. Das von englischen Truppen befreite Osttirol wird in die Verwaltungszone Großbritanniens eingegliedert. Die britischen Truppen verlassen das Land bereits am 1. Oktober 1953. Damit ist Osttirol einer der ersten Bezirke Österreichs, die frei von Besatzungstruppen sind.

Doch Österreich ist nicht selbstständig. Die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die Österreich befreit haben, sind gleichzeitig Besatzungsmächte. Österreich wird in vier Besatzungszonen eingeteilt: In Tirol und Vorarlberg ziehen die US-Truppen im Juli 1945 ab und werden durch französische abgelöst. Osttirol, das mit Kärnten und der Steiermark in der britischen Besatzungszone liegt, kommt erst 1947 wieder zu Tirol. Die amerikanische Zone umfasst Salzburg, das steirische Salzkammergut und Oberösterreich südlich der Donau und westlich der Enns. Die sowjetische Zone umfasst das Burgenland, Niederösterreich sowie Oberösterreich nördlich der Donau und östlich der Enns. Wien wird von allen vier Besatzungsmächten verwaltet. Die österreichische Bundesregierung und die Landesregierungen sind in ihren Befugnissen eingeschränkt. Es dauert längere Zeit, bis Beschlüsse der Regierung in Wien auch in den Bundesländern Geltung haben. Für die Menschen ist es jahrelang schwierig, die Besatzungszonen zu überschreiten. Dies gilt besonders für die sowjetische Zone. Doch auch wenn Österreich ab Juli 1946 von Jahr zu Jahr mehr Selbstbestimmung in der Gestaltung der Politik hat, ist es immer noch kein unabhängiger Staat.

Kalter Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es vor allem zwei Staaten, die die Weltpolitik bestimmen: die USA und die UdSSR. Sie werden deshalb Supermächte genannt. Im Februar und im August 1945 halten die USA, Großbritannien und die UdSSR in Jalta auf der ukrainischen Halbinsel Krim im Schwarzen Meer und in Potsdam Konferenzen ab.

Dort legen sie den Grundstein für die Teilung Deutschlands und Europas. Es werden neue Grenzen gezogen. Deutschland muss große Gebiete in Preußen an Polen abgeben. Während des Krieges verjagten und töteten SS und Wehrmachtseinheiten Millionen OsteuropäerInnen, nach dem verlorenen Vernichtungskrieg wird die deutsche Minderheit selbst Opfer. 14 Millionen Deutsche werden zwischen 1944/45 und 1950 aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und den baltischen Staaten nach Deutschland vertrieben. Dabei kommen rund zwei Millionen Menschen ums Leben.

Das Verhältnis zwischen dem Westen und seinem ehemaligen Verbündeten, der UdSSR, verschlechtert sich rasch. Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien geraten unter den Einfluss der UdSSR. In diesen Staaten kommen kommunistische Parteien an die Macht, die diktatorisch regieren. So entstehen zwei Machtblöcke: im Osten kommunistische Einpartei-Regierungen unter der Führung der UdSSR und im Westen kapitalistisch orientierte Demokratien unter der Führung der USA. Beide Seiten liefern sich ab 1949/50 einen Rüstungswettlauf und teilen untereinander die Welt auf. Stets besteht die Gefahr, dass die propagandistisch, ideologisch und wirtschaftlich geführte Auseinandersetzung in einen weltweiten Atomkrieg mündet. Österreich liegt genau an der Grenze zwischen diesem Ost-West-Konflikt. Sein weiteres Schicksal hängt von der Entwicklung dieses so genannten Kalten Krieges ab.

Im Mai 1949 wird in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands ein neuer Staat gegründet: die Bundesrepublik Deutschland (BRD). Im Oktober 1949 erfolgt die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der von der UdSSR besetzten Ostzone. Auch Österreich, das von den Alliierten besetzt ist, droht eine Teilung. Solche Pläne gibt es sowohl bei den Westmächten als auch seitens Moskaus.

Demokratie und Wahlen

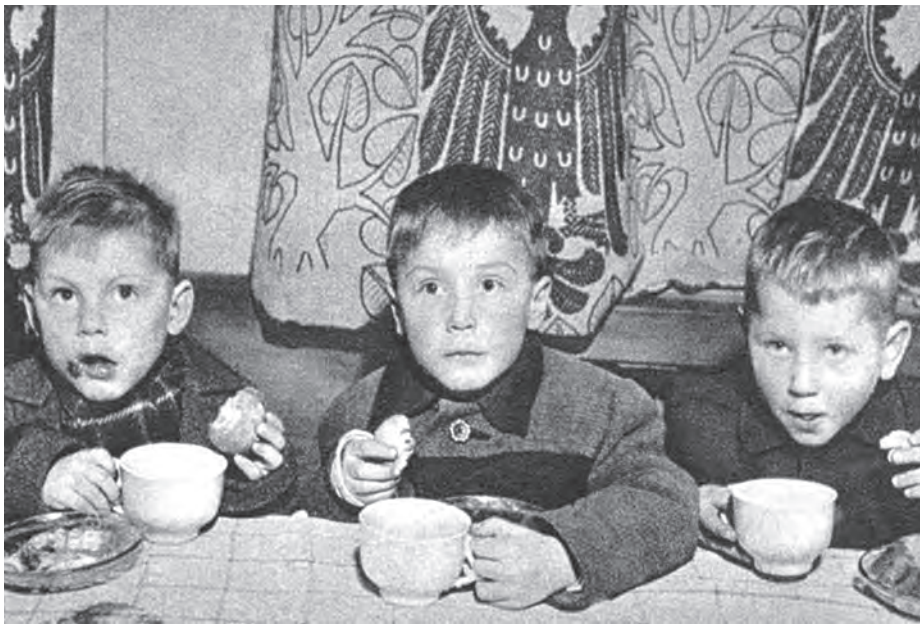
Gleich nach Kriegsende kommt es zur Wieder- bzw. Neugründung demokratischer Parteien: der Sozialistischen Partei (SPÖ) und der Kommunistischen Partei (KPÖ) auf der Linken und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) als Sammelbewegung aller konservativen Kräfte auf der Rechten. ÖVP, SPÖ und KPÖ sind die Gründungsparteien der Zweiten Republik – Zweite Republik deshalb, weil die Erste Republik (1918–1934) im autoritären „Ständestaat“ und Nationalsozialismus unterging. Der Name symbolisiert auch einen Neuanfang nach den gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen in der Ersten Republik. Die PolitikerInnen beschwören das gemeinsam erlebte Leid während der NS-Diktatur, um die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und eine Zusammenarbeit über die weltanschaulichen Gegensätze hinweg zu ermöglichen. Doch das Misstrauen und Feindschaften aus der Zeit der Diktatur des „Ständestaates“ leben weiter. Daher sind es vor allem die Besetzung Österreichs und die Anwesenheit alliierter Militärregierungen, die wesentlich dazu beitragen, dass sich die politischen

Wahlplakat der ÖVP 1945. Die ersten demokratischen Wahlen stehen ganz im Zeichen der Nachwirkungen des verheerenden Krieges. Da Frauen die Mehrheit der WählerInnen stellen, wird um ihre Stimmen besonders gerungen.

Kräfte verständigen. Denn das Zusammenstehen aller Parteien ist die einzige Chance, dass Österreich wieder ein selbstständiges und unabhängiges Land wird. So entsteht in dieser Zeit die für Österreich so typische Kooperation der Parteien in der Sozialpartnerschaft.

Bis Dezember 1945 bilden SPÖ, ÖVP und KPÖ unter Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers, Karl Renner, eine provisorische Regierung. Am 25. November 1945 finden in Österreich die ersten Nationalrats- und Landtagswahlen statt. Die rund 540.000 ehemaligen Mitglieder der NSDAP sind nicht wahlberechtigt. Österreichweit erreicht die ÖVP fast 50%, die SPÖ knapp 45%, die KPÖ bleibt unter 6% der gültigen Stimmen. Bis November 1949 gibt es eine gemeinsame Regierung von ÖVP, SPÖ und KPÖ, danach bilden ÖVP und SPÖ bis 1966 eine große Koalition. Die ÖVP stellt alle Bundeskanzler bis 1970.

Bei den Landtagswahlen in Tirol 1945 erreicht die ÖVP über 71%, die SPÖ mehr als 26% der WählerInnenstimmen. Die KPÖ kommt mit ihrem Stimmenanteil von nur 2% nicht in den Landtag. Bis 1989 erreicht die ÖVP stets zwischen 56% und 64% der Stimmen, dann fällt sie erstmals unter 50%. Die absolute Führungsrolle der ÖVP in Tirol zeigt sich darin, dass bis heute alle Landeshauptmänner aus ihren Reihen gekommen sind.



Der Hunger in Tirol ist groß. Innsbrucker Kinder erhalten aus Spenden Frankreichs, der Schweiz und der USA eine kostenlose Jause mit einer Tasse Kakao während einer Weihnachtsfeier.

Worin bestehen die größten Probleme in der Nachkriegszeit?

Im Oktober 1947 stellt Bischof Paulus Rusch anlässlich der Wiedervereinigung Osttirols mit Nordtirol fest: „Wir sind eben leider ein Land, das im Zustand der Verarmung ist." Auch in den Jahren nach Beendigung des Krieges leben viele TirolerInnen in bitterer Not, bleibt Tirol eine „Mangel- und Knappheitsgesellschaft".

Hunger

Nach Kriegsende bricht die Nahrungsmittelversorgung zusammen. Besonders in den Städten ist der Hunger groß. Die Bevölkerung erhält Karten, mit denen sie Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfes (Seife, Waschmittel, Schuhe, Kleidung usw.) beziehen kann. Doch die Zuteilungen reichen nicht aus. Die Hälfte der Schulkinder und zwei Drittel der Lehrlinge in Innsbruck sind unterernährt. In der „Tiroler Tageszeitung" ist zu lesen: „Was wir jeden Tag essen, womit wir kochen sollen, das ist heute unsere Hauptfrage." Ein Zeitzeuge berichtet über die Ernährungssituation 1945: „Bettelnde Kinder schlichen wie hungrige Katzen um die amerikanischen Feldküchen, um Essensreste, die für sie unbekannte Leckerbissen waren, zu erhaschen."

↖ Verteilung von Orangen aus Marokko in Innsbruck. Die meisten essen das erste Mal in ihrem Leben eine solche Südfrucht.

↑ Plakat von 1947. Ohne die Hilfe des Auslandes wäre das Überleben vieler ÖsterreicherInnen nicht möglich gewesen.

Die Kindersterblichkeit ist hoch. Mangelerkrankungen breiten sich aus, vor allem aber die Tuberkulose. Immer wieder kommt es in Innsbruck, aber auch in Bezirksstädten wie Schwaz, zu Hungerdemonstrationen hunderter Frauen, die nicht mehr wissen, wie sie die Familie ernähren sollen. Ohne die Unterstützung der französischen Besatzungsmacht und ohne die Hilfslieferungen aus den USA (Care-Pakete) sowie aus anderen europäischen Ländern wären viele TirolerInnen verhungert. Durch die „Schweizerhilfe“ können hunderte Kinder aus Tirol zu Pflegefamilien in die Schweiz auf Erholung fahren.

Wohnungsnot

In Tiroler Städten und ganz besonders in Innsbruck herrschen furchtbare Wohnungszustände wegen der Kriegszerstörungen und des Raumbedarfs der Besatzungssoldaten. Tausende Menschen müssen jahrelang in feuchten, verschimmelten und völlig überbelegten Wohnungen und Baracken hausen. Der Innsbrucker Vizebürgermeister berichtet im Sommer 1946: „Keineswegs selten sind die Fälle, in denen acht, zehn und mehr, ja bis zu 16 Personen in zwei Räumen wohnen, in denen zwei Erwachsene und noch ein oder zwei Kinder in einem einzigen Bett schlafen“.

Die schlechten hygienischen Zustände führen gerade bei Kleinkindern zu zahlreichen Krankheiten. 1951 gibt es in Innsbruck immer noch viele Notunterkünfte mit unbeschreiblichen Zuständen. Als ein Arzt einer Mutter, die mit ihrem lungenkranken Sohn in einem einzigen Raum wohnt, empfiehlt, bei offenem Fenster zu schlafen,

schildert der Innsbrucker Bürgermeister, warum dies nicht möglich ist: „Da springen die Ratten über die Betten. Also müssen die Fenster zubleiben!“

Am Wohnungsamt spielen sich dramatische Szenen verzweifelter Mütter ab. Eine Frau legt ihren zehn Monate alten Buben auf den Schreibtisch und läuft davon, weil sie nicht imstande ist, für ihn zu sorgen. Im Sommer 1949 meldet die Caritas: „500 neugeborene Kinder jährlich sind in Tirol auf fremde Hilfe angewiesen!“

Das Erbe des Krieges: Tod und menschliches Leid

Eine genaue Zahl der Tiroler Gefallenen konnte bis heute nicht ermittelt werden. Eine Schätzung geht von 9.000 bis 12.000 toten Tiroler Soldaten aus, andere Autoren von über 14.000 bzw. sogar von rund 20.000. An die 700 TirolerInnen werden in der Heimat Opfer von Angriffen amerikanischer und britischer Flugzeuge. Dazu kommen noch hunderte aus politischen, religiösen, rassischen und sonstigen Gründen Ermordete.

Für viele Tiroler bedeutet das Ende des Krieges noch lange nicht Freiheit, da sie in Kriegsgefangenschaft geraten. Oft können sie erst nach Jahren heimkehren, in Einzelfällen dauert es sogar zehn Jahre. Sie werden gezwungen, einen Beitrag zur Wiedergutmachung der enormen Schäden und Ausplünderungen zu leisten, die die Deutsche Wehrmacht in vielen Ländern angerichtet hat. Einige Kriegsgefangene sind bei ihrer Ankunft in Tirol so abgemagert, dass sie von ihren Angehörigen nicht wiedererkannt werden. Für viele Frauen bricht eine jahrelange Zeit des Wartens und der Unsicherheit an. Einige gehen neue Beziehungen ein oder verheiraten sich wieder, als der tot Geglaubte und manchmal sogar offiziell für tot Erklärte völlig unerwartet heimkehrt. So manche Rückkehr gestaltet sich völlig anders als erhofft, wie einem Bericht der „Tiroler Tageszeitung“ aus dem Jahr 1947 zu entnehmen ist: „Das Haus, in dem er gewohnt hatte, war ein Schutthaufen, auch sein Kind war darunter begraben. Die Frau lebte noch, Franz K. wußte aber nicht wo. Bei seinem Bruder fand er ein Notquartier. Er schien sehr niedergedrückt.“

1955, also ein Jahrzehnt nach Kriegsende, verzeichnet die offizielle Statistik in Tirol 9.527 von der Fürsorge unterstützte Kriegsinvalide, 4.054 Witwen und 5.103 Waisen. 911 Ehefrauen und 1.285 Kinder wussten zu diesem Zeitpunkt immer noch nichts über den Verbleib des Ehemannes bzw. Vaters. Ihre Hoffnungen auf ein Wiedersehen dürften wohl vergeblich gewesen sein.

„Trümmerfrauen“ in Innsbruck: Frauen versorgen nach dem Krieg nicht nur die Familien. Auch ein wesentlicher Teil des Wiederaufbaues liegt auf ihren Schultern.

Wie sieht das Verhältnis zwischen Männern und Frauen aus?

Während des Krieges haben Frauen die Männer ersetzt und ihre Tätigkeiten übernommen. Neben der Hausarbeit und der Kindererziehung sind sie in die „männliche“ Rolle des Familienernährers geschlüpft.

Verunsicherte Männer

Auch nach dem Krieg ändert sich daran zunächst wenig. Als so genannte „Trümmerfrauen“ räumen sie Berge von Schutt weg und tragen wesentlich zum Wiederaufbau bei. Frauen stehen Stunden lang Schlange um Lebensmittel und fahren aufs Land „hamstern“. Das heißt, sie versuchen, auf den Bauernhöfen Nahrungsmittel aufzutreiben. Wegen der vielen gefallenen oder gefangenen Männer sind es weiterhin Frauen, die in erster Linie das Überleben der Familien gewährleisten.

„Ernst! Wo bist du? Wir suchen Dich seit 5 Jahren!“ Jahrelang suchen Angehörige ihre vermissten Männer, Väter und Söhne – sehr oft vergeblich.

Die Männer, die aus dem Krieg zurückkommen, finden oft eine veränderte Ehefrau oder Freundin vor. Nichts scheint mehr so zu sein, wie es einmal war. Es ist nicht so einfach, wie sie geglaubt haben, sofort wieder die Rolle des Familienoberhauptes einzunehmen. Viele Kinder fürchten sich vor dem fremden Mann, der ihr Vater ist, und weigern sich, seine Autorität anzuerkennen. Die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ist für die Kriegsheimkehrer nicht einfach. Vielen fehlt wegen des Krieges eine Ausbildung. Arbeitsplätze sind rar. Krieg und Gefangenschaft haben ihre Spuren hinterlassen. Tausende sind invalide und haben den Schrecken des Krieges psychisch nicht verarbeitet. Viele Frauen beschweren sich über die Verrohung ihrer Männer. Sie leiden unter der jahrelangen völligen Überbelastung, doch die erhoffte Hilfe bleibt oft aus. Die Zahl der Scheidungen steigt sprunghaft an. Typisch für die Situation in der Nachkriegszeit ist ein Artikel in der „Tiroler Tageszeitung“ mit der Überschrift: „Zerrüttete Ehen – ein Leiden der Zeit“.

Beziehungen mit Besatzungssoldaten und Prostitution

Während des Krieges und oft auch viele Jahre nach dem Krieg leben Tiroler Frauen ohne Männer. Von vielen Soldaten fehlt jedes Lebenszeichen. Durch die menschlichen Verluste während des Krieges und die jahrelange Kriegsgefangenschaft Tiroler Soldaten gibt es viel mehr Frauen als Männer, vor allem junge Männer fehlen. Es kommt daher immer wieder zu Beziehungen zwischen amerikanischen bzw. französischen Soldaten und Tiroler Frauen. Nach so langer Zeit der Entbehrungen herrscht ein großer „Hunger nach Leben und Kalorien". Auch die Anziehungskraft des Fremden ist groß. Eine Beziehung mit einem Besatzungssoldaten hat zudem den Vorteil, dass er über ausreichend Lebensmittel und andere begehrte Dinge wie Kaffee und Nylonstrümpfe verfügt. Aus solchen Verhältnissen zieht oft die ganze Familie einen Nutzen. Es entstehen aber nicht nur intime Freundschaften. Zwischen Tirolerinnen und Franzosen werden zahlreiche Ehen geschlossen.

Viele Männer greifen Frauen, die mit Besatzungssoldaten ein Verhältnis haben, scharf an. Sie fühlen sich in ihrem Selbstwertgefühl verletzt. Der ehemalige Feind, der gesiegt hat, erscheint als übermächtige männliche Konkurrenz. In der Zeit des Nationalsozialismus übernommene Einstellungen wirken weiter. So auch der Rassismus. Viele französische Besatzungssoldaten sind marokkanischer Herkunft. Eine Beziehung mit ihnen gilt als ganz besondere Schande. Frauen, die schwanger geworden sind, werden geächtet und oft mit größter Gehässigkeit behandelt. Auch ihre Kinder haben es schwer und werden diskriminiert, besonders wenn sie eine dunkle Hautfarbe haben. Dazu kommt noch, dass eine uneheliche Geburt nicht nur als große Sünde gilt, sondern auch eine gesellschaftliche Ausgrenzung nach sich zieht. Über die Bordelle für Wehrmachtsoldaten, ihre Beziehungen und gezeugten unehelichen Kinder während des Krieges im Ausland wird nicht gesprochen. Es herrscht eine Doppelmoral, die sich gegen Frauen richtet.

Die große Not in Tirol führt nicht nur zu einem gewaltigen Anstieg der Kriminalität, sondern auch zum Aufkommen einer so genannten Gelegenheits- bzw. Überlebensprostitution. Das Tiroler Jugendamt stellt dazu in seinem Jahresbericht 1950 fest: „Es ist nicht schwer auf dem rechten Weg zu bleiben, wenn Wohnung, Einkommen und Familienleben geregelt sind. Aber gerade in diesen Punkten fehlt es besonders weit und hat der Krieg unüberbrückbare Lücken gerissen."

Zwei US-Soldaten im Gespräch mit einer jungen Innsbruckerin. Nach 1945 leben in Tirol viel mehr Frauen als Männer. Die Anziehungskraft der im Land stationierten alliierten Soldaten, die fern von der Heimat die Bekanntschaft von Frauen suchen, ist groß. Die Beziehungen Tiroler Frauen mit Besatzungssoldaten sichern aber auch einer ganzen Reihe von Familien den Zugang zu Lebensmitteln und begehrten Gütern, die Mangelware sind. Tiroler Männer fühlen sich durch die Attraktivität der Sieger in ihrer Männlichkeit bedroht und beschimpfen Frauen, die intimen Kontakt mit Besatzungssoldaten haben, als „Huren".

Zurück zum Herd?

In der Kriegs- und Nachkriegszeit kommen die traditionellen Rollen der Geschlechter in Unordnung. Daher wird in den 1950er Jahren von der Politik, Wissenschaft und den Kirchen, in Zeitungen, Filmen, Büchern usw. alles unternommen, um die alte Ordnung mit der Dominanz des Mannes wiederherzustellen. Dies bedeutet vor allem eines: die

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart

Plakat der ÖVP-Landesstelle, die die Kriegsheimkehrer betreut. In der Nachkriegszeit ist es schwierig, Arbeitsplätze zu finden. Als Lösung wird der Ausschluss der Frauen vom Arbeitsmarkt gefordert.

Großdemonstration von 15.000 Frauen aus ganz Österreich in Innsbruck am Internationalen Frauentag 1953 mit der Parole: „Frauen und Mütter erkennt eure Kraft – Kämpft für ein Leben in Freiheit ohne Furcht". Die Frauenbewegung sagt dem Versuch, Frauen von Beruf und Politik fernzuhalten, den Kampf an. Das Symbol der Drei Pfeile war das Parteilogo der SPÖ.

Aufforderung an die Frauen, an den Herd zurückzukehren und ihre Unterordnung gegenüber dem Mann anzuerkennen. Die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter gilt wieder als „natürliche“ Bestimmung der Frau, die Ehe als erstrebenswerter Höhepunkt eines Frauenlebens. Die Kleinfamilie, in der die Frau den Mann umsorgt und die Kinder erzieht, ist neben der bäuerlichen Großfamilie die einzig anerkannte Lebensform. Unverheiratete bzw. alleinstehende Frauen werden als Mangelexistenzen bezeichnet und am Arbeitsmarkt bzw. bei der Wohnungssuche benachteiligt.

Die heimkehrenden Männer werfen den Frauen vor, dass sie ihnen die Arbeit wegnehmen. Das Recht auf einen eigenen Beruf wird ihnen abgesprochen. In vielen Bereichen müssen sie daher weichen und die besser bezahlten Tätigkeiten Männern überlassen. Dennoch bleibt ein Großteil der Frauen auch nach der Rückkehr der Männer berufstätig. Schon allein aufgrund des Männermangels ist es für viele nicht möglich, in einer Ehe versorgt zu werden. Der enorme Beitrag der Frauen für den Wiederaufbau und ihre Leistungen vor und nach dem Krieg geraten in Vergessenheit. In der öffentlichen Wahrnehmung sind es bald nur mehr Männer, die große Taten vollbracht und Österreich wieder zu einem blühenden Land gemacht haben. Erst die Frauenbewegung der 1970er Jahre erschüttert die männerdominierte Ordnung nachhaltig.

Wer sind die DPs („Displaced Persons“)?

Während des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Krieg nimmt die Wohnbevölkerung Tirols enorm zu: um 110.000 bis 120.000 Menschen. Diese werden in der bürokratischen Sprache der Alliierten „Displaced Persons“ (versetzte Personen), kurz DPs genannt. Sie setzen sich aus sehr unterschiedlichen Gruppen zusammen. Zunächst sind einmal die tausenden nach Tirol verschleppten Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen sowie die aus dem Arbeitserziehungslager Reichenau befreiten Häftlinge zu nennen. Dann gibt es rund 38.000 SüdtirolerInnen, die aufgrund der „Option“ nach 1939 nach Tirol gekommen sind und die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen mussten. Tausende SüdtirolerInnen machen sich nach dem Ende des Krieges sofort auf den Weg zurück in die Heimat, doch viele bleiben in Nordtirol. Neben der großen Gruppe der 25.000 „Reichsdeutschen“ (BewohnerInnen des Deutschen Reiches zwischen 1871 und 1945) befinden sich in Tirol auch tausende „Volksdeutsche“ aus Ost- und Südosteuropa, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Dazu kommen Personen aus verschiedenen Ländern, die während des Krieges mit den Deutschen zusammengearbeitet oder in der Waffen-SS gedient haben. Nicht zu vergessen sind 15.000 bis 25.000

↑ Tausende „Reichsdeutsche“ werden, wie hier in Innsbruck, aus Tirol abgeschoben. Sie sind die neuen Feindbilder. Ihnen wird die Schuld am Nationalsozialismus gegeben, Österreich gibt sich einseitig als Opfer aus. Jahre später sind die Deutschen als zahlende Gäste in Tirol wieder hochwillkommen.

↗ Flüchtlingselend. Ankunft „Volksdeutscher“ im Lager Haiming. Auf die meisten von ihnen wartet ein jahrelanges Lagerleben als Flüchtlinge, bis sie in Deutschland und Österreich eine neue Heimat finden.

österreichische Flüchtlinge, die vor der Härte des Krieges in Ostösterreich im Westen Zuflucht suchten. Darunter befinden sich auch zahlreiche NationalsozialistInnen, die die Rache der UdSSR fürchten.

Die Tiroler Bevölkerung und die DPs

Die Einstellung des Großteils der Tiroler Bevölkerung gegenüber den meisten DPs ist sehr ablehnend. Ein Hauptgrund dafür sind Hunger und Wohnungsnot. Die TirolerInnen erhoffen sich eine Verbesserung ihrer Lage, wenn so viele Menschen so schnell wie möglich Tirol verlassen. Auch die rassistischen Vorurteile, die der Nationalsozialismus gegen verschiedene Völker geschürt hat, machen sich deutlich bemerkbar. Obwohl die meisten DPs unter denselben Problemen wie die Einheimischen leiden und gleich behandelt werden, glauben die TirolerInnen an eine Bevorzugung der AusländerInnen. Außerdem wird ihnen die Schuld für die Versorgungskrise, das Wohnungselend und die hohe Kriminalität in die Schuhe geschoben. Dabei verhält sich nur eine kleine Minderheit der DPs kriminell. Über die Zunahme an Gesetzesverstößen innerhalb der einheimischen Bevölkerung sieht man hinweg.

In einer bevorzugten Situation befindet sich bis Mitte 1946 in Wirklichkeit nur die Gruppe der DPs, die in Lagern untergebracht sind. Die größten Lager, in denen sich zunächst vor allem ehemalige ZwangsarbeiterInnen befinden, sind in Landeck, Haiming, Kematen und Kufstein.

„Es lebe unser mächtiges sowjetisches Vaterland“ lautet das Spruchband auf dem Waggon eines Zuges, der sowjetische Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen in die Heimat bringt. Viele von ihnen fahren aber nicht in die Freiheit, sondern kommen in eines der brutalen sowjetischen Straflager (GULAG). Stalin verdächtigt sie der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten.

Die jüdischen DPs

Eine besondere Gruppe sind jüdische KZ-Häftlinge aus ganz Europa, die die Vernichtungslager überlebten und für die Tirol Zwischenstation auf der Suche nach einer neuen Heimat ist. In ihre alte Heimat können oder wollen sie nicht mehr zurück. Ihre Gemeinden sind zerstört, ihr Besitz geraubt und die meisten Familienmitglieder ermordet. Zwischen 1945 und 1948 flieht eine Viertelmillion osteuropäischer Jüdinnen und Juden vor dem mörderischen Antisemitismus, der auch nach dem Holocaust besonders in Polen und Rumänien herrscht und Tote fordert. Zehntausende werden mit Hilfe jüdischer Organisationen von Tirol aus illegal nach Italien und weiter in die USA, vor allem aber nach Palästina, wo 1948 der Staat Israel gegründet wird, geschleust. Ein Zentrum dieser Fluchtbewegung ist das jüdische DP-Lager Wiesenhof in Gnadenwald bei Hall. Dort warten immer mehrere hundert Jüdinnen und Juden auf ihre Weiterreise. In Tirol bleibt kaum jemand von ihnen. 1949 wird das Lager geschlossen.

Deutsche und ZwangsarbeiterInnen

Flüchtlinge wie die „Volksdeutschen“ und andere Angehörige von Ländern, die im Krieg in der Deutschen Wehrmacht kämpften, werden von den Alliierten als feindliche DPs eingestuft. Daher finden sie schlechte Lebensbedingungen vor. Viele „Volksdeutsche“ sind gezwungen, jahrelang in Tiroler Flüchtlingslagern zu verbringen, bis sie die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen. Der Großteil wird aber nach Deutschland verschickt. Die „Reichsdeutschen“ müssen Tirol sehr rasch verlassen. Sie werden

Kosaken und Kosakinnen in Uniformen der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 in Osttirol, nahe der Grenze zu Kärnten, kurz vor ihrer Auslieferung an die Sowjetunion

von den Tiroler Behörden als feindliche AusländerInnen behandelt. In der offiziellen Sicht sind sie Angehörige jenes Staates, der Österreich überfallen und dem Land die Herrschaft des Nationalsozialismus aufgezwungen hat.

Die Rückführung der ZwangsarbeiterInnen aus den westlichen Ländern geht problemlos vor sich. Doch nicht alle osteuropäischen ZwangsarbeiterInnen wollen in ihre ehemalige Heimat zurück, weil dort Diktaturen herrschen oder aus Angst vor den Folgen, weil sie vereinzelt mit den NS-Behörden zusammengearbeitet haben. In Tirol können nur sehr wenige bleiben.

Auch wenn viele der DPs Tirol wieder verlassen (müssen), so bleiben doch Tausende im Land. Von dieser starken Zuwanderung kann Tirol profitieren. Besonders FacharbeiterInnen erhalten die Möglichkeit zur Ansiedelung. Die ehemaligen AusländerInnen integrieren sich gut und leisten in der Folge einen wertvollen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung Tirols.

Die Kosakentragödie in Osttirol

In Osttirol und Oberkärnten bringen sich in den letzten Kriegstagen rund 25.000 Kosaken aus Südrussland mit ihren Frauen, Kindern und alten Leuten in Sicherheit. Sie sind auf der Flucht vor der sowjetischen Armee, gegen die sie als Verbündete Deutschlands gekämpft haben. Doch die britische Besatzungsmacht liefert sie Stalin aus, da ein internationales Abkommen die Rückführung aller BürgerInnen der UdSSR vorsieht. Unter den rund 4.000 im Lienzer Ortsteil Peggetz kampierenden Kosakinnen und Kosaken bricht Panik aus. Mit brutaler Gewalt werden sie am 1. Juni 1945 von britischen Soldaten zusammengetrieben und in die Bahn verfrachtet. Einige werden zu Tode getrampelt, andere springen in die Drau oder begehen sonst wie Selbstmord. Insgesamt kommen hunderte Menschen ums Leben.

Was beinhalten Staatsvertrag und Neutralität?

Bereits während des Krieges besprechen die Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR die neue Ordnung in Europa nach dem erwarteten Sieg. In ihrer gemeinsamen Erklärung, der „Moskauer Deklaration" vom 30. Oktober 1943, wird die Besetzung Österreichs durch Deutschland als „null und nichtig" betrachtet. Die Alliierten stellen die Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen Österreich in Aussicht. Dabei geht es ihnen in erster Linie darum, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu fördern. Nach dem Krieg beruft sich die österreichische Regierung auf diese „Moskauer Deklaration". Sie drängt auf den Abzug der Alliierten aus Österreich und auf eine Angliederung Südtirols. Doch Südtirol bleibt bei Italien und die Verhandlungen wegen eines Staatsvertrages ziehen sich in die Länge. Die UdSSR verknüpft das Schicksal Österreichs mit einer Lösung der Deutschlandfrage, so dass viele Verhandlungen scheitern.

Doch nach dem Tod von Josef Stalin 1953 kommt es zu einer vorübergehenden Entspannung im Kalten Krieg. Diese Situation nützen die führenden Politiker von ÖVP und SPÖ: Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP), Außenminister Leopold Figl (ÖVP), Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) und Staatssekretär Bruno Kreisky (SPÖ). Auch ein Tiroler, der Diplomat Ludwig Steiner (ÖVP), spielt als Sekretär von Kanzler Raab eine kleine Rolle beim Zustandekommen des Staatsvertrages. Zunächst sperren sich die USA noch gegen den Vorschlag der Regierung, die ein neutrales Österreich vorschlägt. Vor dem Beitritt der BRD zum westlichen Militärbündnis der NATO sieht die UdSSR nämlich in einem neutralen Österreich ein mögliches Vorbild für die BRD. Als die österreichischen Verhandler im April 1955 erfolgreiche Gespräche in Moskau führen, stimmen auch die Westmächte zu.

Am 15. Mai 1955 unterzeichnen die vier Außenminister der USA, der UdSSR, Frankreichs und Großbritanniens im Schloss Belvedere in Wien den österreichischen Staatsvertrag. Es gelingt der österreichischen Seite, den Passus einer Mitverantwortung Österreichs für seine Teilnahme am Krieg zu streichen. Im September 1955 verlassen 50.000 sowjetische Soldaten Österreich, bis 25. Oktober folgen auch alle Soldaten der Westmächte.

Die Bestimmungen des Staatsvertrags

Durch den Staatsvertrag wird Österreich als freier und unabhängiger Staat wiederhergestellt. Alle ausländischen Truppen müssen abziehen. Österreich verpflichtet sich zur

Anerkennung der Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten im Land. Darüber hinaus erklärt sich Österreich bereit, auf einen politischen und wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland zu verzichten und jede nazistische und faschistische Organisation bzw. Wiederbetätigung zu verhindern. Die UdSSR erhält von Österreich eine Ablöse für sowjetische Unternehmen in Österreich, die sie als „Deutsches Eigentum" beschlagnahmt hatte.

Immerwährende Neutralität

Der Vorschlag einer Neutralität Österreichs war zentral, um die Zustimmung der UdSSR für den Abschluss des Staatsvertrages zu erreichen. Das Neutralitätsgesetz wird vom österreichischen Parlament aber erst am 26. Oktober 1955 beschlossen, also fünf Monate nach Unterzeichnung des Staatsvertrages. Damit soll dokumentiert werden, dass sich Österreich freiwillig zu einer „immerwährenden Neutralität" bekennt.

Die Pflichten der österreichischen Neutralität umfassen: das Verbot, einem militärischen Bündnis beizutreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten zuzulassen; das Verbot, Krieg führende Parteien zu unterstützen, einen Krieg zu beginnen oder an Kriegen teilzunehmen; das Verbot der Benützung des österreichischen Territoriums zu Land, See und Luft durch Kriegführende. Österreich verpflichtet sich dazu, sein Gebiet „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln" zu verteidigen.

Die Identität Österreichs

Der Staatsvertrag und ganz besonders die Neutralität prägen in den folgenden Jahrzehnten die Identität Österreichs. Sie tragen im Gegensatz zur Ersten Republik wesentlich zum Bekenntnis fast aller StaatsbürgerInnen zur demokratischen Republik Österreich bei. Heute befindet sich Österreich in einer neuen Situation. Der Kalte Krieg ist infolge des Zusammenbruchs der UdSSR und der kommunistischen Regierungen Osteuropas zwischen 1989 und 1991 beendet. Österreich ist 1995 nach einer Volksabstimmung der Europäischen Union (EU) beigetreten, der sich auch die ehemaligen Ostblockstaaten angeschlossen haben. Was Österreich in Europa ist, welche Rolle es spielen soll und wie es künftig mit seiner Neutralität umgehen wird, sind Fragen, auf die neue Antworten gegeben werden müssen. Die Identität Österreichs ist jedenfalls einem neuerlichen Wandel unterworfen.

Wie entwickelt sich Tirol wirtschaftlich?

Für die Teilnahme am verbrecherischen Eroberungskrieg Hitler-Deutschlands müssen viele ÖsterreicherInnen teuer bezahlen. Das menschliche Leid ist unermesslich. Doch trotz der großen Zerstörungen entlang der Brennerstrecke bis ins Unterinntal und ganz besonders in Innsbruck kann Tirol von den Investitionen in der NS-Zeit auch profitieren. Nicht zuletzt aufgrund der Ausbeutung ausländischer ZwangsarbeiterInnen sind neue Wasserkraftwerke (Innkraftwerk Kirchbichl, Gerloskraftwerk, Wasserkraftanlage Stillup-Bösdornau, Speicher Mühlau) und eine verbesserte Infrastruktur entstanden, von der Industrie, Land- und Fremdenverkehrswirtschaft einen großen Nutzen ziehen: Ent- und Umschuldungen der Bauernschaft, Asphaltierungen, der Bau von Straßen, Wegen und Tunneln, Flussregulierungen, die Südtirolerbauten, die Technisierung der Landwirtschaft und vieles mehr. Diese Investitionen helfen Tirol beim raschen Wiederaufbau des Landes.

Amerikanische Wirtschaftshilfe

Die USA unterstützen Westeuropa durch Warenlieferungen, damit die Wirtschaft rasch wieder in Schwung kommt. Österreich erhält diese Hilfe ohne finanzielle Gegenleistung und kann die geschenkten Waren im Land verkaufen und die daraus gewonnenen Mittel verzinst bis heute investieren. Tirol profitiert in besonderem Maß von der amerikanischen Wirtschaftshilfe. Die meisten Mittel fließen in den Ausbau des Fremdenverkehrs. Tirol kann sich in den Jahrzehnten nach dem Krieg zu einer der weltweit führenden Tourismusregionen entwickeln. Bis 1953 erhält Österreich Hilfslieferungen in der für damalige Verhältnisse gewaltigen Höhe von einer Milliarde Dollar.

Der rasante Aufschwung in Österreich ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wird mit Begriffen wie „Wirtschaftswunder“ umschrieben. Die Industrie wächst stark. Die riesigen Wasservorkommen werden genützt, um weitere große Wasserkraftwerke zu bauen. Der Energiereichtum Tirols ist einer der Schlüssel des Wohlstandes.

Wie sehr die Technik die Landwirtschaft revolutioniert, sieht man daran, dass um 1900 noch 60-70% der Berufstätigen in der Landwirtschaft arbeiten. Heute sind es nicht einmal mehr 4%.

Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland

Ab den 1960er Jahren gibt es sogar eine Zuwanderung nach Tirol. Die Arbeitskraft dieser ZuwanderInnen, die zunächst fälschlich „Gastarbeiter“ genannt werden, hilft

dem Land reich zu werden. Wer erinnert sich heute noch daran, dass vor dem Ersten Weltkrieg ein Drittel der Tiroler Kinder vor dem vierten Lebensjahr starben? Oder dass die durchschnittliche Lebenserwartung der TirolerInnen bei nicht einmal 40 Jahren lag?

Noch nie veränderte sich die Tiroler Gesellschaft in so kurzer Zeit derart massiv wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch der neue Wohlstand bringt auch neue Probleme mit sich, wie die Transitlawine und die Belastung der Umwelt. Seit den 1980er Jahren kehren auch alte Gespenster, die bereits besiegt schienen, wieder: Arbeitslosigkeit und Armut. Im Gegensatz zu früher spielt sich dies aber in einer reichen Gesellschaft ab, die den betroffenen Menschen mehr Schutz und Hilfe bietet und diese Probleme auch lösen kann – wenn sie dies als vorrangig betrachtet.

Wie verläuft die Entnazifizierung?

Nach ihrem Einmarsch in Tirol verhaftet die US-Armee in Nordtirol 2.000 bis 3.000 NationalsozialistInnen. Ein Teil wird rasch wieder freigelassen, andere lässt die US-Militärregierung in ihre Internierungslager nach Deutschland und Salzburg bringen, wo im Sommer 1946 noch rund 700 gefangen gehalten werden. Ungefähr 1.000 SS-Männer und höhere Funktionäre der NSDAP kommen zur Sühne in Arbeitslager, die der Tiroler Sicherheitsdirektion unterstehen. Bis Ende 1946 sind alle diese Lager mit Ausnahme des von der französischen Militärregierung geführten Internierungslagers in Schwaz („Oradour“) aufgelöst.

Verbots- und Kriegsverbrechergesetz

Am 8. Mai 1945 werden die NSDAP und jede NS-Wiederbetätigung verboten. Dieses Verbotsgesetz, das bis heute gilt, verpflichtet die ehemaligen NationalsozialistInnen, sich selbst bei den Behörden registrieren zu lassen. 1946 machen dies in Tirol knapp 46.000 Personen, von denen rund 5.000 als „Illegale“ gelten. Die „Illegalen“ werden als die überzeugten NationalsozialistInnen angesehen, die Österreich verraten haben, weil sie sich für die Angliederung Österreichs an Deutschland einsetzten. Der Begriff „Illegale“ bezieht sich auf eine nationalsozialistische Betätigung während des Verbots der NSDAP in Österreich vom Juli 1933 bis zur NS-Machtübernahme im März 1938. Im Verbotsgesetz werden Strafbestimmungen gegen „Illegale“ und „schwer Belastete“ erlassen. Die österreichische Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Rechtsprechung und Kultur soll vom Geist des Nationalsozialismus befreit werden. Bei dieser Entnazifizierung geht es auch darum, die NationalsozialistInnen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die französische Militärregierung in Tirol verhaftet belastete Nationalsozialisten und hält sie einige Zeit in einem ehemaligen Zwangsarbeiterlager bei Schwaz fest. Die französischen Behörden nennen das Lager „Oradour“.

In individuellen Verfahren wird versucht festzustellen, welche Schuld die „Ehemaligen“ auf sich geladen haben. Tausende werden entlassen, dürfen ihren Beruf – vor allem im öffentlichen Dienst – nicht mehr ausüben oder verlieren Pensionsansprüche. Auch privates Vermögen wird zugunsten der Republik Österreich eingezogen.

Das Kriegsverbrechergesetz vom 26. Juni 1945 verlangt nicht nur bei Kriegsverbrechen im engeren Sinne gerichtliche Strafverfolgung, sondern auch bei Kriegshetzerei, Misshandlungen, Verletzungen der Menschenwürde, Mitwirkung an Deportationen, Bereicherung und Denunziationen. Nationalsozialistische Funktionäre und Funktionärinnen vom Kreisleiter aufwärts werden automatisch als politisch Verantwortliche gerichtlich belangt.

Die gerichtliche Entnazifizierung

In Innsbruck werden so genannte Volksgerichte eingesetzt, die mit zwei Berufsrichtern und drei Laien besetzt sind. Die Bereitschaft des Volksgerichts ist bis 1949 groß, die Straftaten von Tiroler NationalsozialistInnen zu verfolgen und hart zu urteilen. Seine Arbeit gestaltet sich aber nicht zuletzt wegen des Personalmangels – viele Richter sind selbst NS-belastet und daher entlassen worden – sehr schwierig. Es fehlt zudem an historisch aufgearbeitetem Wissen und Beweisdokumenten. Die allermeisten Angeklagten zeigen kein Schuldgefühl. Sie leugnen, lügen und geben nur das zu, was ihnen nachgewiesen werden kann. Bis 1955 wird gegen weit über 13.000 Personen ein Verfahren eingeleitet. Eine Anklage kann aber nur gegen knapp 2.000 Beschuldigte erhoben werden. Tatsächlich kommt es zu 1.040 Schuldsprüchen in 1.347 Urteilen mit zum

Teil auch langjährigen Haftstrafen. In anderen Bundesländern fällen die Volksgerichte sogar 43 Todesurteile, von denen 30 vollstreckt werden. Österreichweit gibt es über 13.600 Schuldsprüche.

Zu viele NSDAP-Mitglieder

Der Wille in Politik und Gesellschaft zu einer entschlossenen Entnazifizierung nimmt aber bald ab. Dazu trägt auch die Weltpolitik bei. Im Kalten Krieg zwischen Ost und West wird der Antikommunismus wichtiger als die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Weit mehr als eine halbe Million ÖsterreicherInnen sind nach 1945 als ehemalige NationalsozialistInnen registriert. Insgesamt waren fast 700.000 ÖsterreicherInnen NS-Parteimitglieder. Bei einer so großen Zahl ist es unmöglich, jeden Fall einzeln zu prüfen. Dies hätte sehr viele Jahre in Anspruch genommen. Die PolitikerInnen wollen die Mehrheit der „Ehemaligen", die rund 15% der erwachsenen Bevölkerung ausmachen, rasch in die österreichische Gesellschaft integrieren. Sie fürchten bei einem langwierigen und konsequenten Vorgehen um die Stabilität der jungen österreichischen Demokratie angesichts so vieler betroffener Familien. In der Bevölkerung gibt es das weit verbreitete Gefühl einer ungerechten Vorgangsweise gegenüber den ehemaligen NationalsozialistInnen. Die meisten TäterInnen und MitläuferInnen schaffen es, sich als Opfer zu präsentieren.

Im Februar 1947 beschließt die Regierung eine Novelle des Verbotsgesetzes. Sie zielt auf die Unterscheidung zwischen „Belasteten" (vor allem SS-Angehörige sowie Funktionärinnen und Funktionäre der NSDAP und SA) und „Minderbelasteten" (einfache Parteimitglieder, MitläuferInnen). Bis April 1948 erhöht sich zwar die Zahl der registrierten ehemaligen NationalsozialistInnen auf fast 47.000, doch die Zahl der „Belasteten" nimmt gleichzeitig stark ab. Es sind nur mehr etwas mehr als 3.000 Personen. Bereits 1947 sind mehr als 92% der registrierten NationalsozialistInnen als „Minderbelastete" eingestuft. Die gegen sie verhängten Sühnemaßnahmen, wie Vermögenseinziehung, Entlassung und Berufsverbot werden wieder aufgehoben. Auch bereits erfolgte Pensions- und Gehaltseinziehungen werden außer Kraft gesetzt und die eingezogenen Gelder zurückgezahlt.

Wettlauf der Parteien um die Stimmen ehemaliger NationalsozialistInnen

Der Prozess der Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die österreichische Gesellschaft wird dadurch beschleunigt, dass ein großer Teil von ihnen schon 1949 wieder das Wahlrecht erhält. Eine neue Partei, der „Verband der Unabhängigen" (VdU), versteht sich als Vertreterin des deutschnationalen Lagers. Dieses dritte Lager (neben dem linken und katholisch-konservativen) versucht, speziell die ehemaligen Nationalsozia-

listInnen anzusprechen. Der VdU schafft bei den Nationalratswahlen 1949 fast 12% der Stimmen. 1956 kommt es zur Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die hauptsächlich aus dem VdU hervorgeht.

In Tirol setzt wie in ganz Österreich ein Wettlauf von ÖVP und SPÖ um diese NS-belasteten WählerInnen ein. Die Großparteien sorgen dafür, dass bereits ab 1948 die meisten ehemaligen NationalsozialistInnen begnadigt werden, 1952 sogar die „Schwerbelasteten". Diese können in ihre Berufe zurückkehren und auch wieder Führungspositionen besetzen. Viele der vom Volksgericht zu längeren Haftstrafen Verurteilten werden vorzeitig entlassen. 1955 sitzt in Tirol kein einziger Nationalsozialist mehr im Gefängnis. 1957 erfolgt in Österreich die generelle Amnestie (Begnadigung). Nach 1955 sprechen österreichische Gerichte extrem niedrige Strafen oder sogar Freisprüche für NS-Täter aus, die für Massenmorde verantwortlich sind. Praktisch gesehen wird in Österreich 1975 die Verfolgung aller NS-Straftaten eingestellt.

SPÖ und ÖVP nehmen auch in ihre eigenen Reihen ehemalige NationalsozialistInnen auf. Viele ihrer ehemaligen FunktionärInnen und WählerInnen sind in der NS-Zeit zur NSDAP gewechselt. Doch dieses Thema bleibt ein Tabu, über das nicht gesprochen wird. So kommt es, dass eine ganze Reihe von PolitikerInnen der Zweiten Republik bis hin zu Ministern und Landeshauptleuten NSDAP-Mitglieder oder sogar noch stärker NS-belastet sind.

Aus der Zeitung „Stimme Tirols", 14.1.1948. Die Karikatur prangert das Buhlen der Parteien um die Stimmen der ehemaligen NationalsozialistInnen an.

Was ist der Opfermythos?

Die Moskauer Deklaration von 1943 ist für die Alliierten ein psychologisches Kriegsmittel zur erhofften Stärkung des Widerstandes in Österreich gegen den Nationalsozialismus. Nach dem Krieg beruft sich die österreichische Politik auf dieses Dokument, in dem die alliierten Außenminister Österreich die Unabhängigkeit in Aussicht stellen und es als Opfer der Aggressionspolitik des Deutschen Reiches bezeichnen. Als am 27. April 1945 die Parteivorstände von SPÖ, ÖVP und KPÖ die Republik Österreich als wiederhergestellt ausrufen, unterstreichen sie gleichzeitig, dass Österreich 1938 vom Deutschen Reich „macht- und willenlos" gemacht worden sei. Der deutsche Nationalsozialismus habe Österreich in einen Eroberungskrieg geführt, „den kein Österreicher jemals gewollt hat."

Damit wird Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus entsprechend der Moskauer Deklaration interpretiert. Die Opferthese gilt relativ ungebrochen bis zur zweiten Hälfte der 1980er Jahre und besagt: Österreich wurde im März 1938 gewaltsam besetzt und im April/Mai 1945 vom österreichischen Widerstand und den Alliierten befreit. Die Jahre 1938 bis 1945 waren eine Fremdherrschaft. Es gab vereinzelt Öster-

reicherInnen, die Verbrechen begangen haben, doch insgesamt war das österreichische Volk schuldlos.

Den zweiten Teil der Moskauer Deklaration kehrt die österreichische Politik unter den Tisch. Österreich wird nämlich auch an seine Mitverantwortung wegen der Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands erinnert. Bei der „endgültigen Abrechnung" nach dem Krieg werde Österreich, so die Alliierten, daran gemessen, wie viel es selbst zu seiner eigenen Befreiung beigetragen hat.

Wie sehen nun die historischen Fakten aus? Österreich ist tatsächlich Opfer. Es wurde von deutschen Truppen besetzt. Der Nationalsozialismus wäre in Österreich ohne die Aggressionspolitik Hitlers nicht an die Macht gekommen. Doch es gibt auch die Kehrseite: eine starke österreichische NS-Bewegung, große Begeisterung und Zustimmung zum Nationalsozialismus bei sehr vielen ÖsterreicherInnen, die Durchführung der NS-Politik durch ÖsterreicherInnen, die Beteiligung vieler an den Massenverbrechen in und außerhalb von Österreich sowie den Umstand, dass ein verhältnismäßig großer Teil des Personals in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern Österreicher waren.

Welche Auswirkungen hat der Opfermythos?

Österreich pocht erfolgreich darauf, dass das Land 1938 als Teil des Deutschen Reiches aufgehört hat zu existieren. Deshalb sei die Republik weder für die Kriegsverbrechen noch für den Holocaust mitverantwortlich.

Schuldabwehr

Schuld trage einzig und allein Deutschland. Österreich setzt sich daher mit seiner NS-Vergangenheit nicht auseinander. Ein Unrechtsbewusstsein fehlt. Die Bundesregierungen sehen sich demzufolge nicht dazu verpflichtet, gegenüber den NS-Verfolgten Wiedergutmachung leisten zu müssen. Zahlungen gelten daher immer als freiwillige Fürsorge. Wo es möglich ist, widersetzt sich die Republik, geraubte Güter an die rechtmäßigen BesitzerInnen und ihre Erben zurückzugeben. Viele Opfer können gar keine Ansprüche stellen, weil sie aufgrund ihrer Vertreibung in der NS-Zeit keine österreichische Staatsbürgerschaft mehr haben oder weil ihr Opferstatus gar nicht anerkannt wird. Insgesamt geht die Entschädigung der Opfer über die Jahre nur sehr schleppend vor sich. Die jüdischen Überlebenden und ihre Erfahrungen stellen die größte Gefahr

Das Befreiungsdenkmal mit freiem Blick auf die Serles 1951. Das von der französischen Militärregierung initiierte und von Tiroler Künstlern gestaltete Befreiungsdenkmal gegenüber dem Neuen Landhaus (ehemaliges Gauhaus des NS-Regimes) erinnert an Widerstand und Befreiung. Die Übersetzung der lateinischen Inschrift lautet: Den für die Freiheit Österreichs Gefallenen. In der Tiroler Bevölkerung wird das Monument aber lange Zeit abschätzig als „Franzosendenkmal" bezeichnet.

für die Aufrechterhaltung des Opfermythos dar. Denn die bloße Existenz der wenigen Jüdinnen und Juden im Land erinnert an die verbrecherische Vergangenheit vieler tausender ÖsterreicherInnen.

Die Republik übernimmt zunächst durch die Schaffung eines Opferfürsorgegesetzes vorwiegend Unterstützungsleistungen für WiderstandskämpferInnen. Die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung werden schlechter gestellt. Opfer der politischen und rassistischen Verfolgung erhalten erst nach und nach Wiedergutmachungen und somit auch eine gewisse moralische Anerkennung. Über Jahrzehnte geschieht für die anderen Opfergruppen – Zwangssterilisierte, Euthanasieopfer, Homosexuelle und so genannte „Asoziale" – überhaupt nichts.

Immer wenn die österreichische Regierung Maßnahmen zugunsten von NS-Opfern beschließt, erfolgen gleichzeitig auch Maßnahmen zugunsten ehemaliger NationalsozialistInnen bzw. der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien. Typisches Beispiel dafür ist, dass etwa die Tätigkeit bei SS-Mordeinheiten als Militärdienstzeit für den Erwerb von Pensionsansprüchen anerkannt wird.

Erinnerungslandschaft

Unmittelbar nach 1945 ist Österreich noch gezwungen, den Vorwurf der Mitschuld zu entkräften. Daher betont es den geleisteten Widerstand von ÖsterreicherInnen, der völlig übertrieben dargestellt wird. In dieser unmittelbaren Nachkriegszeit werden daher Denkmäler zur Erinnerung an den Widerstand errichtet und der Freiheitskampf der ÖsterreicherInnen gefeiert. Am alten Landhaus in Innsbruck lässt das offizielle Tirol

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart

Nach 1948 steht nicht die Erinnerung an den Widerstand und schon gar nicht an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung im Mittelpunkt des Gedenkens, sondern die Gefallenenehrung vor den Kriegerdenkmälern. Das Kriegerdenkmal für die in beiden Weltkriegen umgekommenen Lehrkräfte und AbsolventInnen der ehemaligen LehrerInnenbildungsanstalt in der Fallmerayerstraße in Innsbruck ist ein typisches Beispiel für diese Erinnerungskultur in Tirol. Die Getöteten werden durch ihren Tod zu Helden und Opfern des Krieges. Die Ursachen des Krieges, der Nationalsozialismus und seine Verbrechen bleiben ausgeblendet.

1946 eine Erinnerungstafel für den Widerstandskämpfer Franz Mair anbringen. Tirol wird als Land des Widerstandes gefeiert. Die TirolerInnen hätten sich während der NS-Herrschaft so heldenhaft verhalten wie zur Zeit von Andreas Hofer. Adolf Hitler wäre nur eine kleine Schar Verführter gefolgt. Der Schwazer Bezirksschulinspektor hebt 1946 in der „Tiroler Tageszeitung“ öffentlich hervor, dass die Tiroler „als freie Söhne der Bergwelt nur mit der Faust im Sacke und mit innerer Ablehnung den Nazismus ertragen haben“. Es gibt aber auch Menschen, wie den Bezirksschulinspektor von Imst, die daran erinnern, was die meisten gerne verdrängen. Anlässlich der Bezirkslehrerkonferenz im Oktober 1945 unterstreicht er: „Wenn ich heute noch an das Geheul der Umsturztage [im März 1938] denke, an das Verhalten des Großteils der Bevölkerung während der 7 Jahre und die Unschuldsbeteuerungen nach dem Zusammenbruch des Kartenhauses, dann könnte einem angst und bange werden um den Wiederaufbau der Heimat ob soviel Charakterlosigkeit.“

1948 wird das Befreiungsdenkmal am Eduard-Wallnöfer-Platz (Landhausplatz) fertig gestellt. Es erinnert an den Widerstand von TirolerInnen und an den Kampf der Alliierten gegen Nazideutschland. Doch die Initiative zu diesem Denkmal kommt nicht aus Tirol, sondern von der französischen Militärregierung, die auch die Kosten übernimmt.

Die dominante Erinnerungskultur, die sich ab 1950 entwickelt, ist das Gedenken an die gefallenen Soldaten Österreichs in der Deutschen Wehrmacht. Dabei erscheinen die Soldaten auf diesen in jeder Tiroler Gemeinde vorzufindenden Kriegerdenkmälern zum einen als Opfer, aber als Opfer des Krieges und nicht des Nationalsozialismus. Zum anderen kommen die Soldaten als tapfere Helden vor, die im Krieg ihre Pflicht

erfüllt und ihre Heimat verteidigt hätten. Dass der Zweite Weltkrieg ein Eroberungs- und Vernichtungskrieg war, wird ebenso verschwiegen wie die Tatsache, dass viele ÖsterreicherInnen bzw. TirolerInnen an Verbrechen beteiligt waren. Diese Erinnerung an den Nationalsozialismus gibt dem Krieg und dem Leiden einen Sinn. Vor allem aber sind die Kriegerdenkmäler ein Angebot, die NS-Vergangenheit und die Konflikte zwischen AnhängerInnen und GegnerInnen zu vergessen. Auf diese Weise soll die tief gespaltene Gesellschaft ausgesöhnt und alle Kraft für die Schaffung einer österreichischen Nation aufgewendet werden.

Doch ohne die Befreiung vom Nationalsozialismus und ohne Bruch mit der NS-Gewaltherrschaft wäre die Existenz des demokratischen Österreich, der Zweiten Republik, nicht möglich. Erst seit Anfang der 1980er Jahre erinnern in Tirol Straßennamen an Widerstandskämpfer. Fast alle Denkmäler für Opfer des Nationalsozialismus in Tirol entstehen erst ab Mitte der 1990er Jahre.

Was ist die Mitverantwortungsthese?

1985/86 kommt es während des Präsidentschaftswahlkampfes zu heftigen Diskussionen um die Kriegsvergangenheit von Kurt Waldheim, der schließlich Bundespräsident wird. In der Folge verändert sich das historisch-politische Bewusstsein in Österreich. Die Opferthese kommt ins Wanken, und es setzt eine Forschung ein, die sich mit den vielen Tabus der NS-Zeit auseinandersetzt. Spät, aber doch. Dadurch kann sich eine neue Sicht auf die österreichische NS-Vergangenheit durchsetzen, die heute einen Grundkonsens des offiziellen Österreich darstellt. Österreich anerkennt seine Mitverantwortung. Der Nationalsozialismus wird als Teil der österreichischen Geschichte gesehen. Die politischen VertreterInnen der Zweiten Republik übernehmen eine zumindest moralische Verantwortung für die Verbrechen, die ÖsterreicherInnen begangen haben. Dieses Eingeständnis umfasst auch die Entschuldigung bei den Opfern. Erstmals entschuldigt sich Bundespräsident Kurt Waldheim im Namen der Republik Österreich 1988. Doch seine Person ist so umstritten, dass er kein Gehör findet. Der Durchbruch gelingt Bundeskanzler Franz Vranitzky 1991 mit seiner Erklärung zur Mittäterschaft Österreichs im Nationalrat und 1993 in Israel.

Späte „Wiedergutmachung“

Die Mitverantwortungsthese trägt wesentlich dazu bei, dass das österreichische Parlament 1995 den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus gründet. Damit werden erstmals auch kleinere Entschädigungszahlungen für

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart

Erst im Verlauf der 1990er Jahre wird in Tirol auch der Opfergruppen des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum gedacht.

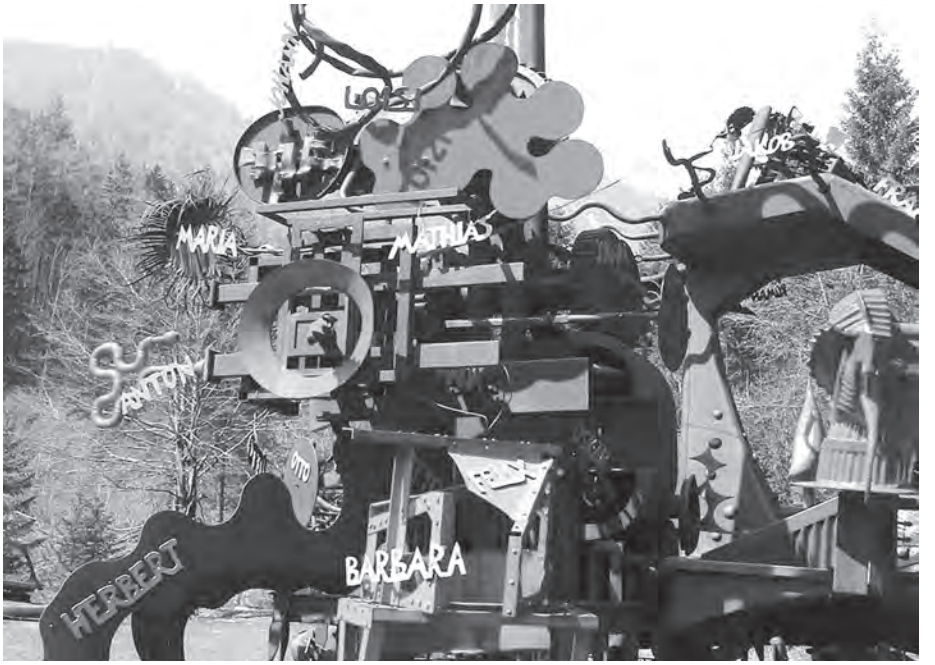
→ Das 1997 der Öffentlichkeit übergebene Denkmal mit dem siebenarmigen Leuchter (Menorah) für die Opfer des Judenpogroms vom November 1938 („Reichskristallnacht") am Eduard-Wallnöfer-Platz in Innsbruck

↗ Das 1997 eingeweihte Mahnmal gegen das Vergessen der Ermordung psychisch Kranker und geistig Behinderter in der NS-Zeit auf dem Areal der Innsbrucker Universitätsklinik

„vergessene Opfer" (Zwangssterilisierte, Euthanasieopfer, Homosexuelle und als „asozial" bezeichnete Menschen) möglich. 1995 bezieht das Opferfürsorgegesetz die wegen einer Behinderung Verfolgten mit ein und 2005 alle anderen verfolgten Gruppen: Homosexuelle, „Asoziale", Zwangssterilisierte und jene der Militärjustiz. NS-Unrechtsurteile gegen Homosexuelle, so genannte „Asoziale" und Deserteure sind aber immer noch in Kraft. Weiterhin kommt es vor, dass Haft- und KZ-Zeiten nicht für die Pension angerechnet werden.

1998 setzt die Bundesregierung eine Historikerkommission zur Untersuchung von Zwangsarbeit und Vermögensentzug ein. Anfang des 21. Jahrhunderts ist es endlich so weit. ZwangsarbeiterInnen erhalten aus dem neu geschaffenen Versöhnungsfonds finanzielle Entschädigungen.

Aufgrund von Sammelklagen amerikanischer Anwälte von jüdischen Vertriebenen und ihren Angehörigen gegen Österreich im Jahr 1998 muss Österreich schließlich auch in diese Richtung aktiv werden. Mit Entschädigungszahlungen für geraubtes jüdisches Vermögen wird 2005 begonnen. Ein großer Teil der Betroffenen erlebt diese positiven Entwicklungen in Österreich nicht, für diese Menschen kommen die Maßnahmen viel zu spät. Insgesamt betragen die Zahlungen nur einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes des enteigneten jüdischen Eigentums. Die ausbezahlten Summen können weder die Ermordeten lebendig machen, noch die Zerstörung eines Lebenswerkes, die Vertreibung aus der Heimat, jahrelange Zwangsarbeit oder die Folgen eines KZ-Aufenthalts wiedergutmachen. Österreich setzt aber eine klare Geste, sich zur NS-



Das 2003 errichtete Monument von Alois Schild für 61 unvergessene Menschen, hauptsächlich Kinder und Jugendliche der so genannten „Idiotenanstalt“ Mariathal bei Kramsach, die im Schloss Hartheim bei Linz getötet wurden.

Vergangenheit und zur eigenen Verantwortung zu bekennen. Eine große Zahl der NS-Opfer ist sehr alt, arm, allein und pflegebedürftig. Für sie stellen die Entschädigungszahlungen durchaus eine gewisse finanzielle Hilfe dar. Für andere Opfer bedeuten die Zahlungen die Anerkennung des Unrechts, das ihnen angetan wurde. Sie sehen darin eine bestimmte Form von Gerechtigkeit.